
**Susanne Wein, Antisemitismus im Reichstag.
Judenfeindliche Sprache in Politik und
Gesellschaft der Weimarer Republik,
Peter Lang: Frankfurt am Main 2014.
524 Seiten, € 59,95**

Der im deutschen Kaiserreich entstandene politische Antisemitismus verfügte bis zum Ersten Weltkrieg über keine realistische Machtperspektive – sein Ziel, die Judenemanzipation rückgängig zu machen, konnte er nie erreichen, und er beschränkte sich auf einen „kulturellen Code“ (Shulamit Volkov) innerhalb des „nationalen Lagers“. Unter den krisenhaften Bedingungen der Weimarer Republik gelang es ihm jedoch rasch, seine soziale Basis zu verbreitern und die Grenzen des Sagbaren im politischen Feld zu verschieben. Um diesen Prozess zu erforschen, bietet sich der Reichstag als Mikrokosmos der verschiedenen politischen, sozialen und konfessionellen Milieus an. Erstmals hat nun Susanne Wein eine umfassende Studie zur Sprache des Antisemitismus im Reichstag während der Weimarer Republik vorgelegt. Ihre Dissertation füllt nicht nur eine Forschungslücke, sondern dürfte sich zu einem Standardwerk der Parlamentarismus- und Antisemitismusforschung entwickeln.

In der Einleitung (S. 15–62) erläutert Wein das diskursanalytische Methodenrepertoire, mit dem die antisemitischen und anti-antisemitischen Reichstagsreden analysiert werden sollen. Dabei orientiert sie sich an Ruth Wodaks „Critical Discourse Analysis“, die durch eine intensivere Berücksichtigung von historischen Kontexten, Akteur_innen, Intentionen und Rezeptionen die Anschlussfähigkeit der Forschungsergebnisse an die Politik- und Sozialgeschichte besser gewährleistet als die orthodoxe Diskursanalyse Foucaultscher Prägung. Während der Überblick über den For-

schungsstand zu Parlamentarismus und Antisemitismus in der Weimarer Republik etwas knapp ausfällt, räumt Wein unfruchtbaren und teilweise bereits ad acta gelegten Theorie- und Methodenkontroversen zwischen Politik-, Sozial- und Kulturgeschichte unangemessen viel Platz ein (S. 19–28). Neben einigen Allgemeinplätzen zur Judenfeindlichkeit als Verschwörungsmythos erschöpft sich ihr Überblick der Antisemitismusforschung in der Darstellung von Shulamit Volkovs These zum Antisemitismus als „kulturellem Code“ (S. 28–33). Auch zur Rolle des Reichstags in Verfassung und politischer Kultur der Weimarer Republik erfahren die Leser_innen wenig Konkretes.

Der schwachen Einleitung folgt dann zum Glück ein starker empirischer Teil. Wein unterscheidet manifesten, codierten und kaschierten Antisemitismus. Der manifeste Antisemitismus trat als verschwörungstheoretische Weltanschauung in Erscheinung und benannte „Juden“, „Judentum“, „Judengenossen“ oder einzelne Personen jüdischer Herkunft explizit als Feindbild. Demgegenüber operierten die kaschiert- und codiert-antisemitischen Sprechweisen mit Schlüsselwörtern wie „Börse“, „Schacher“, „Wucher“, „goldene Internationale“, „Berlin-West“, „Weltfinanz“ – Begriffen, die so oft in antisemitischen Kontexten verwendet wurden, dass ihr jüdenfeindlicher Sinngehalt auch ohne konkreten Verweis auf „die Juden“ verstanden wurde. Zum Zweck der Verschleierung (kaschierte Variante) oder der parlamentarischen Normenwahrung (codierte Variante) wurde die antisemitische Semantik in die implizierte Nebenbedeutung von Begriffen und Redewendungen ausgelagert. Wein spricht in diesem Zusammenhang von einem „Laminierungsprinzip“ (S. 290–297). Gemeint ist allerdings nichts anderes als die Schaffung von Konnotationen. Dieser sprachwissenschaftliche Begriff wäre die bessere Wahl gewesen, zumal sich Wein ansonsten durchgehend einer sprachwissenschaftlichen Terminologie bedient.

Um das antisemitische Sprachverhalten der Abgeordneten und Parteien in der Weimarer Republik zu analysieren, konzentriert sich Wein auf die Debatten über die Zuwanderung von Ostjuden (1920),

den Dawes-Plan (1924), den Barmat-Skandal (1925) und den Young-Plan (1929) (S. 145–290). Diese grundsätzlich sinnvolle Auswahl hat den Nachteil, dass die Zeit der Präsidialkabinette weitgehend ausgeblendet bleibt. Wenig überraschend ist, dass Völkische und Nationalsozialisten die Debatten nutzten, um ihrem paranoiden Weltanschauungsantisemitismus Ausdruck zu verleihen. Um nahezulegen, dass in Deutschland eine „Judenherrschaft“ drohe oder bereits bestehe, bevorzugten sie eher eine vereindeutigende als eine codierte Sprache. Die Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) äußerten sich kaum gemäßiger. Auch nach der Abspaltung der Völkischen habe diese Partei an einem „antisemitischen Weltbild mit verschwörungsideologischen Mustern“ (S. 450) festgehalten. Eine codiert-antisemitische Sprache ist vereinzelt bei der Deutschen Volkspartei (DVP) anzutreffen, die sich damit bei den Parteien rechts von ihr anbiederte, ohne ihre Koalitionsfähigkeit aufs Spiel zu setzen. Zentrum und Bayerische Volkspartei (BVP) vermieden sowohl antisemitische Aussagen als auch Stellungnahmen, die sich mit diesen auseinandersetzten. Diese Zurückhaltung dürfte auf den Spagat zwischen ihrem staatstragendem Selbstverständnis und judenfeindlichen Vorurteilen, die im katholischen Sozialmilieu durchaus existierten, zurückzuführen sein. Als einzige bürgerliche Partei verurteilte die Deutsche Demokratische Partei (DDP) den Antisemitismus nachdrücklich, bemühte sich aber gleichzeitig vergeblich, nicht philosemitisch zu erscheinen und das Image einer „Judenpartei“ loszuwerden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) begegnete antisemitischer Polemik der Rechten mit den Mitteln der Ironisierung und Ideologiekritik. Die meisten SPD-Redner versuchten, den Antisemitismus als primitives Propaganda-Instrument zu entlarven, das der republikfeindlichen Stimmungsmache oder der Verschleierung von politischen Absichten diene, die tatsächlich gar nichts mit einer „Judenfrage“ zu tun hätten. Mit dieser rein funktionalistischen Bestimmung von Judenfeindlichkeit unterschätzten die Abgeordneten der SPD den Antisemitismus der Völkischen und der Nationalsozialisten, der nicht

nur Mittel, sondern Endzweck und Angelpunkt ihrer Weltanschauung war. Bezüglich der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) fällt Weins Urteil nicht eindeutig aus. Mal billigt sie der Partei eine konsequente Ablehnung des Antisemitismus zu, mal spricht sie von „einem strukturellen Antisemitismus in der kommunistischen Ideologie“ (S. 290). In der Tat lassen die Befunde der Autorin auf eine zwiespältige Haltung der KPD schließen. Einerseits trat sie dem Antisemitismus der Rechten mit ähnlichen Argumenten wie die SPD entgegen. Andererseits nutzten ihre Abgeordneten selbst eine codiert-antisemitische Sprache, um antikapitalistische Aussagen zu treffen.

Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg stellt Wein eine Verschärfung der jüdenfeindlichen Sprache im Reichstag fest. Während die radikale Rechte die Grenzen des Sagbaren immer weiter hinausschob, erlahmten die Gegenreaktionen. Nur äußerst selten schöpften die Reichstagspräsidenten ihre disziplinarischen Möglichkeiten aus, um verbalen Antisemitismus zu ahnden oder zu unterbinden. Bei den Abgeordneten aller Parteien schlich sich ein Gewöhnungseffekt ein. Interessanterweise erkennt Wein die entscheidende Zäsur, die zur schleichenden Akzeptanz antisemitischer Sprache führte, nicht im erdrutschartigen Wahlsieg der NSDAP von 1930, sondern bereits im erstmaligen Einzug der Völkischen in Fraktionsstärke 1924.

Die Reichstagsabgeordneten waren Mittler zwischen der Ebene der hohen Politik und den verschiedenen Sozialmilieus ihrer Wähler. Dass Reichstagsreden nicht nur der parlamentarischen Entscheidungs- und Konsensfindung, sondern auch in starkem Maße der politischen Mobilisierung der eigenen Klientel dienten, zeigt Wein anhand der Auswertung großer Berliner Tageszeitungen. Deren Berichterstattung bot oftmals erst den Anlass für antisemitische Redebeiträge und führte die Debatten außerparlamentarisch fort. Die Möglichkeit, die Milieugebundenheit der Abgeordneten mittels biografischer oder kollektivbiografischer Zugänge zu untersuchen, schöpft Wein nicht aus. Dies hätte die Studie keineswegs

überfordert: Da es innerhalb der Fraktionen immer wieder dieselben Abgeordneten waren, die mit antisemitischen Redebeiträgen und Einlassungen darauf in Erscheinung traten, hätte sich die Autorin auf diese konzentrieren können.

Während Wein die wenigen biografischen Informationen über die antisemitischen Abgeordneten vielfach in Fußnoten „versteckt“, widmet sie sich relativ ausführlich den Biographien der Abgeordneten jüdischer Herkunft, die auf den parlamentarischen Antisemitismus reagierten (S. 299–379). In der Weimarer Republik konzipierten die Antisemiten die „Judenfrage“ überwiegend als „Rassenfrage“. Deshalb nahmen sie auch Konvertiten, aus dem Judentum Ausgetretene, Personen mit einem als jüdisch rassifizierten Elternteil („Halbjuden“) oder Personen mit jüdisch klingenden Namen ins Visier. Die von den Antisemiten angegriffene Personengruppe umfasste also nicht nur die rund 600.000 tatsächlich in Deutschland lebenden Juden. Für die Reaktion der Abgeordneten jüdischer Herkunft auf den Antisemitismus scheint aber nicht die Fremdschreibung, sondern die Selbstwahrnehmung entscheidend gewesen zu sein. Parlamentarier wie Kurt Löwenstein und Julius Moses, die sich selbst als Juden definierten, engagierten sich im Reichstag wie außerparlamentarisch für eine Bekämpfung des Antisemitismus. Abgeordnete, die ein distanzierteres Verhältnis zum Judentum hatten, weil sie ausgetreten oder konvertiert waren, fühlten sich von den Angriffen der Antisemiten weit weniger betroffen. Ein Extrembeispiel ist die KPD-Abgeordnete Ruth Fischer, die selbst mit antisemitischen Aussagen in Erscheinung trat. Im Fazit kommt Wein leider nicht mehr auf diesen immerhin 80 Seiten ausmachenden Teil ihrer Studie zurück, weshalb er wie ein Exkurs wirkt.

Im Fazit ihrer Studie (S. 423–451) lotet Wein auf der Basis der untersuchten Reichstagsdebatten die Rolle des Antisemitismus in der politischen Kultur der Weimarer Republik aus. Es gelingt Wein, den Mehrwert sprachwissenschaftlicher Ansätze für die Gesellschaftsgeschichte des Antisemitismus aufzuzeigen. Die Autorin macht darauf aufmerksam, dass der Blick auf die manifest-antisemi-

tischen Hasstiraden der Nationalsozialisten nicht ausreicht, um nachzuvollziehen, wie parlamentarische Debatten die Diffusion des Antisemitismus in der Gesellschaft beförderten. Vielmehr müssen auch vermeintlich gemäßigte Sprachmodi untersucht werden, die judenfeindliche Inhalte in codierter oder kaschierter Form transportierten. Sie dürften einen nachhaltigeren Einfluss auf die Verbreitung judenfeindlicher Einstellungen gehabt haben als der verbal wie körperlich gewaltbereite Radau-Antisemitismus.

Thomas Gräfe